

Komitee gegen die 1:12-Initiative gegründet

In Aarau wurde das Aargauische Komitee «NEIN zur 1:12-Initiative» gegründet. Das Komitee lehnt rigide Lohnvorschriften ab. Es setzt sich dafür ein, dass die 1:12-Initiative abgelehnt wird. Die Festsetzung der Löhne ist keine Aufgabe des Staates. Dem breit abgestützten Komitee gehören Vertreterinnen und Vertreter der BDP, CVP, FDP, GLP, Grünen, SVP sowie der Aargauischen Industrie- und Handelskammer und des Aargauischen Gewerbeverbandes an.

Das System, dass die Unternehmer den Lohn mit ihren Angestellten oder den Gewerkschaften als Sozialpartner aushandeln, hat sich bewährt. Es besteht kein Grund, diese 100-jährige Schweizer Erfolgsgeschichte zu beenden. Die 1:12-Initiative der Jungsozialisten möchte hingegen staatliche Lohnvorschriften einführen: Der tiefste und der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn sollen im Verhältnis von 1:12 stehen müssen. Derart rigide Lohnvorschriften setzten die Schweiz als guten Wirtschaftsstandort aufs Spiel. Ein starres Verhältnis zwischen dem tiefsten und der höchsten von einem Unternehmen bezahlten Lohn vernachlässigt, dass in der Schweiz sowohl unzählige KMU als auch zahlreiche Grossunternehmen ihren Sitz haben.

Bei der Annahme der 1:12-Initiative würden hohe Löhne sinken, tiefe Löhne aber nicht steigen. Die 1:12-Initiative kann ihr Ziel, tiefe Löhne zu heben, nicht erreichen. Ihre Annahme hätte hingegen massive negative Folgen. Sie würde zu stark verminderten Steuereinnahmen und massiven Ausfällen bei der AHV führen. Ausserdem würde die Arbeitslosigkeit zunehmen. Die Annahme der 1:12-Initiative würde weit mehr Probleme schaffen als lösen.

Das gegründete Komitee «NEIN zur 1:12-Initiative» engagiert sich deshalb dafür, dass die 1:12-Initiative in der Volksabstimmung vom 24. November 2013 von Volk und Ständen abgelehnt wird. Auch der Bundesrat und das Parlament lehnen die 1:12-Initiative ab.

Weitere Infos:

www.1-12-nein.ch